



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

08.5121.02

SiD/P085121
Basel, 9. Juli 2008

Regierungsratsbeschluss
vom 8. Juli 2008

Schriftliche Anfrage Patricia von Falkenstein betreffend Zubringer zur Ecole française

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 16. April 2008 die nachstehende Schriftliche Anfrage Patricia von Falkenstein dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„Die Ecole française ist an der Engelgasse 103 domiziliert. Jeden Morgen bringen viele Eltern mit dem Auto ihre Kinder in diese Schule, abends holen sie sie wieder ab. Dies führt täglich dazu, dass auf Halteverbotslinien, auf dem Fussgängerstreifen oder in der Kurve auf der Fahrbahn angehalten und auch parkiert wird. Bei den Manövern zum Zu- oder Wegfahren entstehen nicht selten gefährliche Situationen für Kinder und Jugendliche und andere Fussgänger, welche dort die Strassen überqueren, um zu den diversen anderen Schulhäusern und zum Kindergarten zu gelangen. Besonders für kleine Kinder ergeben sich gefährliche Situationen, da diese keinen freien Zugang zum gegenüberliegenden Trottoir haben. Ebenso unhaltbar ist die Situation für die Velofahrer und die korrekt fahrenden Autofahrer, da die verboten parkierten Autos die Fahrbahn sehr verengen. Er schwert wird die Situation durch den zu Schulbeginn-Zeiten sehr regen Veloverkehr und den Bus, der regelmässig durch die Engelgasse fährt.

Ich bitte den Regierungsrat, die folgenden Fragen zu beantworten:

- Schätzt der Regierungsrat die aktuelle Situation auch als nicht gesetzeskonform und gefährlich ein?
- Besteht seitens des Regierungsrats Bereitschaft, zur Verbesserung der Situation beizutragen?
- Sind Lösungen denkbar, ohne das bestehende Parkplatzangebot zu reduzieren oder die zahlreichen Bewegungen bisher „Unbehelligten“ vors Haus zu verlagern?

Patricia von Falkenstein“

Wir beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

Beobachtungen der Verkehrspolizei bestätigen die Schilderung der Anfragestellerin weitgehend. Mit Ausnahme der Ferienzeit fahren Eltern ihre Töchter oder Söhne zur Ecole française. Etwa zwanzig Minuten vor Schulbeginn und ebenfalls zwanzig Minuten nach Schulende ist das Verkehrsaufkommen am höchsten.

Im weiteren Umfeld (im Umkreis von ca. 300m) würden genügend Möglichkeiten bestehen, die Fahrzeuge legal anzuhalten beziehungsweise zu parkieren. Die Eltern lassen aber ihre Kinder lieber in nächster Nähe der Schule aus dem Fahrzeug aussteigen.

Gleich neben der Ecole française bestehen nicht genügend Halte- und Parkmöglichkeiten, um die grosse Anzahl Fahrzeuge, welche die Kinder von und zur Schule bringen, aufzunehmen. Daher halten viele Eltern, um ihre Kinder ein- oder aussteigen zu lassen, in Zonen, welche dies nicht erlauben. Dies führt jeweils innerhalb kurzer Zeit zu einer grossen Konzentration von Fahrzeugen in der Engelgasse und im Kreuzungsbereich mit dem Hirzbodenweg, wodurch die Verkehrssicherheit beeinträchtigt wird. Da Signalisation und Markierung vor Ort klar und unmissverständlich sind, liegt die Problematik ausschliesslich in der fehlenden Verkehrsdisziplin.

Zu bemerken ist auch, dass anscheinend nur sehr wenige Schülerinnen und Schüler die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen, obwohl der Bus direkt vor dem Schulhaus verkehrt (Haltestelle Hirzbodenweg, Bus 37). Auch Schülerinnen und Schüler, die mit dem Velo zur Ecole française fahren, wurden nur sehr wenige festgestellt. Dies verstärkt noch die beschriebene Konzentration von Fahrzeugen.

Insgesamt kommt der Regierungsrat zum Schluss, dass es sich vorwiegend um ein Fehlverhalten von Verkehrsteilnehmenden handelt, welches korrigiert werden muss. Allenfalls besteht die Möglichkeit, mit örtlichen Anpassungen eine Entschärfung der kurzfristig grossen Nachfrage herbeizuführen.

Zu den konkreten Fragen:

Frage 1: Schätzt der Regierungsrat die aktuelle Situation auch als nicht gesetzeskonform und gefährlich ein?

Obwohl der Regierungsrat die Örtlichkeit (nicht das Verhalten der Verkehrsteilnehmenden) als norm- und gesetzeskonform einstuft, ist er klar der Meinung, dass die momentane Situation die Verkehrssicherheit gefährdet und somit Handlungsbedarf besteht.

Frage 2: Besteht seitens des Regierungsrates Bereitschaft, zur Verbesserung der Situation beizutragen?

Der Regierungsrat ist der Meinung, dass Bestrebungen zur Verbesserung der Situation angezeigt sind und wird entsprechende Massnahmen (siehe Antwort zu Frage 3) einleiten.

Frage 3: Sind Lösungen denkbar, ohne das bestehende Parkplatzangebot zu reduzieren oder die zahlreichen Bewegungen bisher „Unbehelligten“ vors Haus zu verlagern?

Den Eltern der Kinder als Verursacher muss die verkehrsgefährdende Situation bewusst werden. Daher verfasst die Prävention der Kantonspolizei ein Schreiben, das via Schulleitung an die Eltern versandt wird. Nach dieser Information wird mittels erhöhter Kontrolltätigkeit der Kantonspolizei der Einhaltung der Vorschriften Nachdruck verliehen. Eine allfällige Verlagerung der Aus- und Einladestellen in die nähere Umgebung der Ecole française, also auf öffentliche Parkplätze vor bisher „unbehelligte“ Häuser, kann dadurch nicht ausgeschlossen werden, wäre aber viel sicherer und zudem gesetzeskonform. Dieser Effekt liesse sich aber durch eine Reduktion der Fahrzeugmenge verhindern oder zumindest reduzieren,

indem beispielsweise vermehrt Schülerinnen und Schüler auf die öffentlichen Verkehrsmittel oder das Velo umsteigen würden.

Zudem soll, obwohl die Situation als klar eingeschätzt wird, die Signalisation und Markierung im Bereich der Ecole française analysiert werden. Dabei ist zu prüfen, ob eine Verdeutlichung des Verkehrsregimes zu Gunsten der Verkehrssicherheit möglich ist. Ebenfalls soll geprüft werden, ob zusätzliche Anhaltemöglichkeiten geschaffen werden können, ohne das Parkplatzangebot für die Anwohnenden zu reduzieren.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Dr. Robert Heuss
Staatsschreiber